

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege)
Herr Kirsch (BürgerBündnis)

Niederschrift:
Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2010 und vom 09.03.2010/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Handelsflächen Potsdamer-Mitte
Vorlage: 10/SVV/0160
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.2 Bürgerbahnhof Potsdam West - Kurzfristige Denkmalsicherung
Vorlage: 10/SVV/0167
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
 - 3.3 Errichtung einer Flächensolaranlage im Friedrichspark, Änderung der Bebauungspläne "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark" durch Ergänzung temporären Baurechts
Vorlage: 10/SVV/0174
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
auch OBR Satzkorn, Uetz-Paaren, Marquardt
 - 3.4 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des 2. Entwurfes
(vorbehaltlich differierender Voten aus KOUL-Ausschuss am 18.3.2010)
Vorlage: 10/SVV/0040
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
sowie alle OBR
Äa Fraktion CDU/ ANW
 - 3.5 Information zur Städtebaulichen Rahmenvereinbarung zur Entwicklung der Speicherstadt
Vorlage: 10/SVV/0032
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 BE zum Stand der Planung Bebauungsplan Nr. 2 "Horstweg-Süd", Nuthewinkel (gem. Bitte im SB-Ausschuss 24.11.09)
FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 4.2 Bericht Umsetzung STEK Wohnen
FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 25.02.2010 - 10.03.2010 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 9.3.2010
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2010 und vom 09.03.2010/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 23.02.10 wird auf die bereits gegebenen Hinweise zur Korrektur verwiesen. Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift der Sitzung vom 23.02.10 wird einschl. der im SB-A. 9.3.10 vorgebrachten Änderung mit 7/0/0 bestätigt.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2010 bittet Herr Dr. Seidel um Ergänzung auf Seite 10 in der Mitte, statt dem Wort hier ist einzufügen: in der Information über beabsichtigte Wettbewerbe. Statt dem Worten nicht schlüssig sollte stehen: nicht überzeugend. Außerdem fehle dem Satz ein Verb am Schluss. Hier solle eingesetzt werden: zu diskutieren.

So dass der komplette Satz korrigiert heißt:

Herr Dr. Seidel merkt an, dass in der Information über beabsichtigte Wettbewerbe die Formulierung für die SPD-Fraktion nicht überzeugend ist – zu dem Planungsbereich Weisse Flotte Erweiterungsbau im Lustgarten ist die Aussage „**muss** diese anspruchsvolle Bauaufgabe in einem Wettbewerbsverfahren gelöst werden“ zu diskutieren.

Herr Lehmann greift das Abstimmungsergebnis zum FNP, hier zum Änderungsantrag von Herrn Kümmel auf. Die Abstimmung sei nicht mit 4/2/0, sondern mit 3/2/1 erfolgt. Es habe eine Enthaltung gegeben. Er bittet dies zu korrigieren.

Die Niederschrift vom 9.3.2010 wird mit den v.g. Änderungen mit 6/0/1 bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende informiert über einen offenen Brief der Anwohner und Gewerbetreibenden der Jägerstraße vom 15.3.10 bzgl. des Zustandes des südlichen Teils/geplante Sanierung der Jägerstr. Die Verwaltung wird um Information gebeten; die BE wird als TOP in der TO 13.4.2010 aufgenommen.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung erfolgt eine kurze Verständigung zur Verfahrensweise mit den Abstimmungsergebnis zum Flächennutzungsplan. Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Handelsflächen Potsdamer-Mitte**

Vorlage: 10/SVV/0160

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) geht auf das verabschiedete Einzelhandelsgutachten ein. Bzgl. der Einzelhandelskapazitäten für die Potsdamer Mitte wurden 2 Szenarien betrachtet und durchgerechnet.

Ein Szenario mit 10.000 m² zusätzlicher Einzelhandelsfläche in Potsdam (erhebliche Nachteile auf Einzelhandelsflächen in der Innenstadt/Brandenburger Str.) und 1 Szenario mit 20.000 m² Einzelhandelsfläche (auch hier Bedenken durch Gutachter; Umverteilungsquote 4 % kritische Grenzmarke). Trotz der Bedenken des Gutachters sei man zu dem Ergebnis gekommen, das Risiko einzugehen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Wachstum zentrumsmäßig in der Brandenburger und Friedrich-Ebert-Str. erfolgen sollte. Im Übrigen verweist Herr Goetzmann hier auf die quartalsmäßige Berichterstattung zu den Einzelhandelspotentialen in der Innenstadt.

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) berichtet, dass im Rahmen des Integrierten Leitbautenkonzeptes für den Gebietsumgriff der Potsdamer Mitte/ Alter Markt auch die Nutzungsmöglichkeiten untersucht worden sind. Neben dem Wohnen mit einem Anteil von ca. 60 % -70% soll es auch Dienstleistungen, Einzelhandel und Gewerbe im Gebiet geben.

Bei der Konzepterstellung wurden die Ergebnisse des Gutachtens und die Entscheidungen zum Einzelhandelsentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam herangezogen. Eine Konzentration von Einzelhandel kann es im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße geben.

Inwieweit die vorhandenen Potentiale in dem Gebiet der Potsdamer Mitte/ Alter Markt tatsächlich realisiert werden können, ist im Detail zu prüfen. Dazu müssen entsprechende Abstimmungen erfolgen, ggf. auch ergänzende Gutachten als Entscheidungsgrundlage erarbeitet werden.

Herr Lehmann vertritt die Auffassung, dass der Antrag haushaltsrelevant sei und wird deshalb nicht zustimmen.

Frau Hüneke stellt den Antrag zurück, um ihn in der Fraktion nochmals zu beraten.

zu 3.2 Bürgerbahnhof Potsdam West - Kurzfristige Denkmalsicherung

Vorlage: 10/SVV/0167

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Herr Lehmann bringt den Antrag ein. Die Verwaltung habe bereits zwei Mal im Hauptausschuss informiert und darüber berichtet, dass man auf dem Weg sei, ein genehmigungsfähiges Projekt zu erzielen.

Herr Lehmann geht auf die Zielstellung des Antrages – Erhalt des denkmalgeschützten Bürgerbahnhofes – ein. Herr Lehmann bittet um Abstimmung des Antrages.

Herr Klipp teilt mit, dass Anfang März ein Durchbruch erzielt und eine genehmigungsfähige Lösung erarbeitet worden ist. Vom Architekten liegt eine Skizze zum überarbeiteten Konzept vor. Er habe mit Herrn Scheffler v. Grundstücksservice gesprochen. Vor einem Nutzungs-/Lasten-Wechsel sind zusätzliche Sicherungsmaßnahmen nicht sinnvoll. Nach Abschluss des Kaufvertrages steht der Eigentümer in der Pflicht zum Erhalt.

Herr Dr. Seidel erinnert, dass der Antrag Mitte Februar auch durch die Fraktion SPD, eingereicht worden ist und spricht sich für eine Zurückstellung des Antrages aus. Solange nicht gebaut wird, ist Gefahr im Verzug. Deshalb wäre es gut, eine Information zum aktuellen Stand in der letzten Sitzung vor der Sommerpause zu erhalten. Dann könne die Einschätzung erfolgen, ob das Baugeschehen vor dem Wintereinbruch begonnen wird.

Herr Lehmann schließt sich dem Vorschlag an.

Der SB-Ausschuss setzt den Antrag in der letzten Sitzung vor der Sommerpause erneut auf die Tagesordnung.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung von sich aus um Information, sollte sich zu einem früheren Zeitpunkt etwas neues ergeben.

**zu 3.3 Errichtung einer Flächensolaranlage im Friedrichspark, Änderung der Bebauungspläne "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark" durch Ergänzung temporären Baurechts
Vorlage: 10/SVV/0174**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
auch OBR Satzkorn, Uetz-Paaren, Marquardt

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) erinnert an die bereits im SB-Ausschuss am 23.2.10 gegebene Information und berichtet über die Beratung in den Ortsbeiräten, einschl. dem Ergebnis nach erfolgter intensiver Diskussion in gemeinsamer Sitzung der Ortsbeiräte Marquardt, Satzkorn und Uetz-Paaren am 16.3.10.

Die Ortsbeiräte Satzkorn und Uetz-Paaren haben die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Aus dem Ortsbeirat Marquardt erfolgte der Gedanke, für die Marquardter Fläche nur eine eingeschränkte Nutzung im Sinne des Antrages zuzulassen. Von daher wurde die Vorlage der Verwaltung unter der Maßgabe, dass die Marquardter Fläche nur zum Teil mit einer Solaranlage überbaut wird; konkretisierende Festlegungen in den städtebaulichen Vertrag aufzunehmen und mit dem Satzungsbeschluss vorzulegen sind, einstimmig im Ortsbeirat Marquardt zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Seidel berichtet aus dem KOUL-Ausschuss, dass der Vorlage mit 9/0/2 zugestimmt worden ist. Dies erfolgte maßgebend aufgrund der Information, dass, in Marquardt nur ein Teil der Fläche in Anspruch zu nehmen ist, um eine weitere gewerbliche Nutzung möglich zu machen.

Herr Kirsch (BürgerBündnis) erhält das Wort und erkundigt sich, wie viel Fläche für Gewerbe übrig bleiben würde.

Frau Holtkamp informiert, dass es von den etwa 60 ha ca. 20 – 25 ha wären.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) ergänzt, dass der Vorhabenträger ausdrücklich erklärt habe, bei Interesse für gewerbliche Nutzung die Solarmodule auch früher abbauen zu können.

Der Satzungsbeschluss wird der STVV im Juni 2010 vorgelegt werden; vorher erfolge die Beratung in den Ortsbeiräten, dem SB- und KOUL-Ausschuss.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenver-

sammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Bebauungspläne

Nr. 19 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Nord/Friedrichspark Teilbereich Marquardt" (OT Marquardt)	Potsdam-
Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn)	Potsdam-
Nr. 9 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren)	Potsdam-

sind gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in einem Änderungsverfahren zu ändern (siehe auch Anlage 1).

- Die Änderung der Bebauungspläne soll auf der Grundlage der in Anlage 2 dargestellten Konzeptunterlagen erfolgen.
- Das Verfahren zur Änderung dieser Bebauungspläne ist mit der Priorität 1 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 3.4 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des 2. Entwurfes

Vorlage: 10/SVV/0040

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
sowie alle OBR
Äa Fraktion CDU/ ANW

Es erfolgt Verständigung dahingehend, dass eine nochmalige Abstimmung des CDU-Antrages zu MHP (aufgrund des anderen Abstimmungsergebnisses im KOUL-A.) nicht erforderlich ist.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Verwaltung einen Änderungsantrag zur Vorlage einbringen wird (sh. Tischvorlage).

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) berichtet über die Regelung des Bundes zum Wegfall der Einspeiseförderung der Energie aus Freiflächenanlagen auf Ackerflächen. Aus diesem Grund unterbreitet die Verwaltung folgenden Änderungsvorschlag: Herausnahme der Darstellung „Eignungsgebiet für Solaranlagen“ aus dem FNP. Damit wird der Bau solcher Anlagen nicht auf die zwei, bisher auf Flächen für die Landwirtschaft dargestellten Eignungsgebiete (z.Z. Ackerflächen) und auf Gewerbeflächen beschränkt.

Die Begründung des FNP wäre in dem Sinne anzupassen, dass für die Stadt Potsdam die Erzeugung erneuerbarer Energien eine Rolle spielt; Vorrangflächen

hierfür aber nicht dargestellt werden, sondern die Prüfung auf Eignung auf Antrag vorgenommen werden kann.

Demzufolge wäre der Beschlussvorschlag „Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des 2. Entwurfes“ um Punkt 1 A zu ergänzen:

1 A. Die im 2. Entwurf enthaltenen Eignungsgebiete für Solaranlagen werden aus der Darstellung heraus genommen. Die Begründung ist entsprechend zu ändern.

Auf diverse Vorbehalte und Rückfragen verschiedener Ausschussmitglieder geht Herr Goetzmann ein; so macht er deutlich, dass die Zulässigkeit dann gegeben wäre, wenn nicht andere öffentlich-rechtlichen Belange entgegen stehen. Mit dieser vorgeschlagenen Änderung entsteht ein höheres Maß an Flexibilität.

Von der Förderung her ist klar zu sagen, dass auf jeden Fall ein Bebauungsplan für die Einspeisevergütung erforderlich sei. Was die Genehmigungsfähigkeit betrifft, ist die Schaffung von Baurecht – B-Plan- Voraussetzung. Flächensolaranlagen sind solche, die eigenständig (nicht an od. auf Gebäuden) auf der Bodenfläche angebracht werden.

Herr Klipp ergänzt, dass Flächensolaranlagen keine Versiegelung der Flächen zur Folge haben. Die von Herrn Dr. Seidel geäußerte Erwartungshaltung an die Stadt, das gesamte Stadtgebiet auf Eignung für Flächensolaranlagen durchzuprüfen, sei nicht zu leisten.

Die Bundesregierung plant ab Juli 2010 die Reduzierung der Einspeisevergütung und hat vor, landwirtschaftliche Flächen auszuschließen.

Zusätzlich zur bereits erfolgten Abstimmung in der Sitzung des SB-Ausschusses am 9.3.2010 wird folgende Änderung zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage „Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des 2. Entwurfes“ **wird um Punkt 1 A ergänzt:**

1 A. Die im 2. Entwurf enthaltenen Eignungsgebiete für Solaranlagen werden aus der Darstellung heraus genommen. Die Begründung ist entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Eine Wiederholung der bereits in der Sitzung am 9.3.2010 erfolgten Abstimmung wird nicht gewünscht.

zu 3.5 Information zur Städtebaulichen Rahmenvereinbarung zur Entwicklung der Speicherstadt

Vorlage: 10/SVV/0032

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor. Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 BE zum Stand der Planung Bebauungsplan Nr. 2 "Horstweg-Süd", Nuthewinkel (gem. Bitte im SB-Ausschuss 24.11.09)
FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) erinnert an den Auftrag aus der Ausschusssitzung am 24.11.2009 und stellt das Ergebnis zum Stand der Umsetzung des Städtebaulichen Wettbewerbes „Nuthewinkel“ anhand Darstellung der Struktur im Siedlungsbild vor. Dabei geht er erläuternd auf die Lage der unterschiedlichen Haustypen, die Höhe und Dachneigungen ein. Hier handelt es sich um das Ergebnis der Verständigung zwischen dem Bauträger und der Verwaltung.

Herr Dr. Seidel hinterfragt das weitere Verfahren und bittet die Information (vorläufige Zeitachse) in tabellarischer Form dem Protokoll beizufügen (sh. Anlage).

zu 4.2 Bericht Umsetzung STEK Wohnen
FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Wolfram (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) gibt anhand einer Präsentation den ersten Zwischenbericht zur Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeption Wohnen und geht erläuternd auf Details ein (die Präsentation erhalten die Ausschussmitglieder und Fraktionen auf digitalem Weg bzw. über die Hinterlegung im Ratsinformationssystem).

Als Zeitraum für die nächste Berichterstattung schlägt Herr Wolfram das 4. Quartal 2010 vor.

Diskussion erfolgt u.a. zum Thema Bodenpreissenkung, Haushaltskonsolidierung, Wirkung auf Mietpreise im Neubau und Bestand, Haushaltsgrößen/demografische Entwicklung usw. Herr Wolfram und Herr Klipp gehen auf Fragen und Anregungen ein, bzw. greifen Hinweise auf.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Wolfram für die Berichterstattung.

zu 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 25.02.2010 - 10.03.2010 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 9.3.2010
FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) greift die Bitten aus der Sitzung vom 9.3.2010 auf und gibt Erläuterungen zu folgenden Vorhaben und geht auf Rückfragen ein:

Hegelallee 22 A – Werbemauer

Seestr. 30 – Umbau/Modernisierung einer vorhandenen Villa

Zimmerstr. 14 – Vorbescheidsverfahren in der Frage, ob hinter dem Gebäude eine ergänzende Bebauung realisiert werden kann – Maß der denkbaren baulichen Nutzung

Ribbeckstr. 46 – befindet sich nicht auf der Seeseite, von daher keine Info. erforderlich

Yorckstr. 19 – Brocksches Palais – erneutes Vorbescheidsverfahren, Umnutzung und Erweiterung des Brockschen Palais für eine Hotelnutzung

Lennéstr. 76 – Bestandsergänzung, Anbau von Balkonanlagen, Erweiterungsneubau

Lennéstr. 60, 61 – Anzeige zur Beseitigung baulicher Anlagen; hier: Abriss von Garagen (keine Entscheidung für Verwaltung)

Paul-Wegener-Str. 2, 4 - Umbau und Sanierung der Kita Märchenland

Großbeerenstr. 301, 309 - Vorbescheid: Errichtung von 3 Stadtvillen (Wohn- und Geschäftshäusern), 2 Geschossbauten (Wohn- und Geschäftshäusern); sowie 2 Einfamilienwohnhäusern

Aus der Auflistung Bauanträge/Vorbescheidsanträge v. 25.02.2010 – 10.03.2010 bitten verschiedene Ausschussteilnehmer um Information zu folgenden Vorhaben in der nächsten Ausschusssitzung:

2010-00385,36 – Leonardo-da-Vinci-Str. 5

2010-00408,03 – Mühlenstr. 1A, 1B, 1C, 1D, 1E, 1F

2010-00440,36 – Am Neuen Palais

zu 5 **Sonstiges**

Wie eingangs informiert, erfolgt die Verständigung/BE der Verwaltung zum Zustand des südlichen Teils/geplante Sanierung der Jägerstr. in der nächsten Ausschusssitzung.

Herr Klipp informiert kurz über das Ergebnis des Workshops zum integrierten Leitbautenkonzept Potsdamer Mitte. Als nächstes ist eine umfangreiche Bürgerbeteiligung vorgesehen; der nächste Termin ist der 15.4.2010 Stadtforum. Nacharbeitungen sind erforderlich zu den Gestaltungsvorgaben für die Zwischenräume. Ebenfalls Nacharbeitung erforderlich ist zum Plögerschen Gasthof hinsichtlich der Fassadenrekonstruktion, obwohl der Bauplatz nicht zur Verfügung steht. Es wird eine BK-Vorlage vorbereitet, die dann auch in die STVV eingebracht wird. Herr Klipp stellt anheim, dass sich der SB-Ausschuss vorab damit beschäftigt.

Herr Klipp dankt den Teilnehmern am Workshop vergangenen Samstag.

Herr Dr. Seidel dankt für die hervorragende Vorbereitung des Workshops; es habe sich gezeigt, dass ein großer Konsens erreicht worden ist.

Weiterhin teilt Herr Klipp mit, dass Ende März die Arbeit der eingerichteten Task Force zur Erteilung der Steuerbescheinigungen nach § 7i und 7h EStG eingestellt werden kann. Der letzte Bescheid der „auf Halde“ gelegen habe, wird in der letzten März-Woche offiziell übergeben werden.

Damit könne der SB-Ausschuss die Sitzungen wieder im Haus I, Raum 405 durchführen.

Herr Kirsch greift die Ausführungen des Beigeordneten auf und spricht der ordnungsgemäßen Bescheidung ein Lob aus.

Zur Nachfrage, ob es zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu einer Anhäufung von zu erteilenden Bescheiden kommen könne, antwortet Herr Klipp mit nein.

Aufgrund der angekündigten Strukturveränderungen im Geschäftsbereich und des zukünftigen Monitorings werde es einen solchen Zustand nicht mehr geben.

Bzgl. der Anregung verschiedener Ausschussmitglieder den Sitzungsraum 280 a auch künftig zu nutzen bzw. die Nutzungsmöglichkeit zu prüfen, macht die Verwaltung aufmerksam, dass unabhängig von der zu jeder Sitzung erforderlichen Technikbereitstellung auch die Frage der Helligkeit berücksichtigt werden müsse. Im Raum 280a gäbe es im Gegensatz zum Raum 405, Haus I, keine Verdunklungsmöglichkeiten (z.B. durch Rolläden), so dass bei zunehmendem Lichteinfall die Präsentation per Beamer kaum erkennbar werden würde.

Frau Hüneke nimmt Bezug auf die mit der AG, den Anwohnern, den Mietern und den Gewerbetreibenden erfolgte Abstimmung zum Holländischen Viertel hinsichtlich Beleuchtung und Parkplätze und bittet die Ergebnisse in der nächsten Ausschusssitzung zu präsentieren.